

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1848**

100 (7.12.1848)



# Karlsruher Beobachter.



Nr. 100.

Donnerstag den 7. Dezember

1848.

## Aus der Zeit.

— Karlsruhe, 1. Dez. [115. Sitzung der zweiten Kammer.] Berathung des Lamey'schen Berichtes, die neue Gerichtsorganisation betreffend. Nach dem Regierungsentwurf und dem ersten Kommissionsberichte sollen alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten von minderm Belang, nämlich bei einer Streitsumme bis zu 250 fl. und auch mehrere speziell bezeichnete eilende Fälle nebst den Sanktprozeßen durch den Amtsrichter (Einzelrichter) entscheiden und von dessen Entscheidung eine Berufung an das Hofgericht zugelassen werden. Die wichtigeren Rechtsstreite und jene, deren Streitsumme 250 fl. oder darüber beträgt, wären vor den Bezirksgerichten kollegialisch zu verhandeln und zu entscheiden. Die Berufung ginge an das Oberhofgericht. Bei den heute stattgefundenen Debatten wurden aber mehrere entgegenstehende Anträge gestellt und besprochen. Nach längeren Berathungen vereinigte sich die Kammer über einige Hauptgrundsätze, welche sie an die Kommission mit der Auflage zurückwies, darnach den Kommissionsbericht zu ändern und solche dem neuen Gesetzesentwurf zu Grunde zu legen. Sie sind: es sollen alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz der Zuständigkeit des Amtsrichters (Einzelrichters) unterstehen. Es sollen die Hofgerichte aufgelöst werden und der Rechtszug vom Einzelrichter an das Bezirksgericht und von diesem, sofern die Berufungssumme vorhanden, an das Obergericht gehen. Die den Hofgerichten zur Aburtheilung zugewiesenen Straffälle endlich sollen einigen zu verstärkenden Bezirksgerichten zugewiesen und von diesen mit Zuzug von Geschworenen und vorbehaltlich einer Berufung oder Revision an das Oberhofgericht vorbehalten werden.

— 4. Dez. [116. Sitzung der zweiten Kammer.] Berathung über die neuen Anträge, welche die Kommission als Folge des Kammerbeschlusses vom 1. d. M. zum Gesetzesentwurf über die Gerichtsorganisation stellte. Diefelben enthalten größtentheils nur Redaktionsänderungen und wurden mit wenigen Modifikationen bis mit dem §. 17 angenommen. Nach demselben sollen künftig mit der Rechtspflege beauftragt sein: Amtsgerichte (Einzelrichter, welche über alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ohne Ausnahme in erster Instanz zu entscheiden haben); Handelsgerichte, Kreisgerichte (Bezirksgerichte, die kollegialisch mit drei Richtern in zweiter Instanz urtheilen), und Kreishauptgerichte (auf fünf Richter verstärkte Kreisgerichte, welche in Strafsachen unter Zuzug von Geschworenen zu urtheilen und alle den Hofgerichten zugewiesenen diesfälligen Geschäfte zu besorgen haben.) Das Landesgericht (das frühere Oberhofgericht als Oberappellationsgerichtshof und als letzte Revisionsinstanz). Die befreiten Gerichtsstände, welche bisher in bürgerlichen und in Strafsachen bestanden, werden aufgehoben, vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen über die Militärgerichtsbarkeit. — Staatsrath v. Stengel übergibt einen

weiterm, die den Gerichten zu überweisenden Geschäfte der Rechtspolizei betreffenden Gesetzesentwurf. Brentano stellt die Frage, wie es bei der jetzigen Sachlage mit Peters Eintritt in die Kammer gehalten werde. Staatsrath v. Stengel erwiedert, daß der Staatsanwalt zur schleunigen Berichterstattung aufgefordert worden. Staatsrath Belfer erläutert hiezu, daß das Untersuchungsgericht erklärt habe, eine Verhaftung Peters nicht ohne Zustimmung der Nationalversammlung vollziehen zu können. Lamey: Er würde dessen unerachtet Peter nicht anrathen, jetzt schon in die Kammer einzutreten. Brentano erwiedert, er und seine Freunde würden es übernehmen, Peter, wenn er dessen bedürftig, Rath zu ertheilen; sein Antrag sei durch die heutige Erklärung der Regierung erledigt, Peter werde also kommen und abwarten, ob die Kommission seine Ausweisung beantrage. Nachdem Böhm sich wiederholt für eine Berichterstattung und einen zu fassenden Kammerbeschuß ausgesprochen, nimmt Brentano seinen früher gestellten Antrag, worüber berichtet werden solle, zurück.

— Konstanz, 3. Dez. Die Messwoche ist ohne die geringste Störung abgelaufen, und von den angekündigten Freischärlern, deren Vereinigungspunkt angeblich einige Stunden von hier in der Schweiz stattfinden sollte, hat sich keine Spur gezeigt. Die Vorsichtsmaßregeln waren also glücklicherweise umsonst. — Seit einigen Tagen verlautet von einer Amnesie, die sich, mit Ausnahme von vier Hauptanführern, auf alle erstrecken solle, welche den ersten Hecker'schen Einfall mitgemacht. Kuenger, der sich seit einigen Tagen hier befindet, soll diese Nachricht mitgebracht haben. Ob und was an der Sache ist, muß sich bald zeigen. — Die Seeblätter haben momentan aufgehört zu erscheinen, indem vor zwei Tagen der Redakteur derselben, Letour (früher Postoffiziant), gefänglich nach Stockach auf Requisition des dortigen Amtes abgeführt wurde. Es heißt, er habe aufrührerische Flugschriften dafelbst verbreiten lassen. Nebstdem soll der bisherige Kautionssteller die gesetzliche Kaution zurückgezogen haben, was das Aufhören der Seeblätter zunächst bedingt.

— Frankfurt, 4. Dez. In der heutigen 128. Sitzung der Reichsversammlung (unter dem Voritze des Präsidenten v. Gagern) wurde die Präsidentenwahl vorgenommen, welche mit 313 unter 415 Stimmen wiederholt auf H. v. Gagern fiel. — Zum 1. Vizepräsidenten wurde Simson von Königsberg mit 275 unter 445 Stimmen gewählt; zum 2. Vizepräsidenten Bessler aus Schleswig mit 219 unter 425 Stimmen. Präsident v. Gagern sprach nach Verkündigung der Wahl folgende Worte: „Meine Herren! Den neuesten Beweis Ihres Zutrauens kann ich nur mit immer erneutem Danke erkennen. Mein Pflichtgefühl ist stets dasselbe, gesteigert durch den Gedanken, daß wir dem Ziel, das uns gesteckt ist, immer näher rücken. Gestärkt durch diesen Gedanken, werde ich Alles aufbieten, damit wir dieses Ziel baldmöglichst erreichen.“ Die Tagesordnung führt sodann zur Be-



rathung des Verfassungsabschnittes „Der Reichstag“, und zwar zuerst des Art. I. §. 1: „Der Reichstag besteht aus zwei Häusern; dem Staatenhaus und dem Volkshaus.“ Die Abstimmung ergab, daß der Antrag von Bogt und Konsorten, „der Reichstag besteht aus den in einem einzigen Hause vereinigten Abgeordneten des deutschen Volks“ mit 331 gegen 95 verworfen und der Art. I. §. 1 nach den obigen Anträgen des Verfassungsausschusses angenommen wurde. Bei Art. II. §. 2: „Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten“ wurde zuerst die Berathung über den Bericht des Abg. Veseler für den Verfassungsausschuß in Betreff der Mediatistungsfrage eröffnet. Außer dem Majoritäts- und zwei Minoritätsanträgen liegen noch Anträge von Löw von Magdeburg, Förster, Kieffer und Schüler von Jena vor. Es sind 22 Redner eingeschrieben.

— Frankfurt, 5. Dez. Die verfassunggebende Reichsversammlung hat in der heutigen 129. Sitzung, den Antrag der Majorität des Verfassungsausschusses: „über die auf Mediatistung gerichteten Anträge zur motivirten Tagesordnung überzugehen“ mit 253 gegen 198 Stimmen mit folgendem von dem Abg. Kieffer und Konsorten beantragten Zusatz angenommen: „Die Nationalversammlung beschließt, die Centralgewalt aufzufordern, daß sie die Vereinigung der kleineren Staaten unter sich oder mit größeren Staaten, da, wo die Wünsche der Bevölkerung sich deutlich dafür aussprechen, auf dem Wege der Vereinbarung mit den betreffenden Regierungen und Volksvertretungen vermittele.“ Nach Erledigung der Mediatistungsfrage und nach Verlesung mehrerer Interpellationen wurde die Berathung über §§. 2 und 3 des Verfassungsentwurfs vom Reichstag eröffnet. Art. II. §. 2. „Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten“ und §. 3. „Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgendem Verhältniß: Preußen 40 Mitglieder; Oesterreich mit Lichtenstein 36; Bayern 16; Sachsen 10; Hannover 10; Württemberg mit Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen 10; Baden 8; Kurhessen 6; Großherzogthum Hessen mit Hessen-Homburg 6; Holstein (Schleswig, siehe Reich §. 1) und Lauenburg 6; Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz 6; Luxemburg mit Limburg 2; Braunschweig 4; Nassau 4; Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen-Illdburghausen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie 6; Oldenburg 2; Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe-Deimold 1; Anhalt-Deßau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Röthen 1; Lübeck 1; Frankfurt 1; Bremen 1; Hamburg 1; — zusammen 176 Mitglieder.“ — werden nach längerer Berathung angenommen.

— Berlin, 2. Dez. Der Tag der Entscheidung ist wiederum hinausgeschoben. Ein gestriger Beschluß der Brandenburger Versammlung sich bis zum 7. d. M. zu vertagen, hat die ganze Angelegenheit in ein neues Stadium gebracht. Man hat sich hier entschieden und am 7. d. M. dürften in Brandenburg wohl 350 Abgeordnete anwesend sein. Die übrigen Abgeordneten werden einstweilen in ihre Heimath zurückkehren und erst dann wieder in die Versammlung eintreten, wenn dieselbe nach Berlin zurückverlegt sein wird.

— Berlin, 3. Dez. Es spricht wenig für diejenigen Abgeordneten, welche am 1. Dez. von Berlin nach Brandenburg gingen, daß sie, nachdem sie eine halbe Stunde lang der Sitzung beigewohnt, sofort hinterher hingingen und sich fast sämmtlich ihre rückständigen Diäten seit dem 9. Nov. auszahlen ließen. In Brandenburg war gestern der Dom und das Sitzungsfokal militärisch besetzt. Die Linke war von hier hinüber gegangen, um

dort eine Vorberathung zu halten. Die Regierung besorgte somit, daß sie von dem Sitzungsfokal Besitz nähme.

— Breslau, 29. Nov. In Schlessen fängt namentlich die ländliche Bevölkerung auch an, „reaktionäre“ Gesinnungen blicken zu lassen. Jenes frühere Vorgeben der Demokraten, daß ihre Bemühungen den Zweck hätten, den König vor der Tyrannei der Reichen und Bornehmen zu schützen, trägt offenbar jetzt viel dazu bei, die Bauern misstrauisch und unmuthig gegen jene Partei zu machen. Und da die Landleute nun einmal gewohnt sind, ihre Empfindungen auf eine etwas derbe Weise zu äußern, so sind schon mehrere Volksredner von ihnen in sehr unangenehme Weise behandelt worden. Der überraschend geringe Erfolg, welchen die neulich von Breslau aus ergangenen Aufrufe zu den Waffen in unseren Gebirgsdörfern gehabt haben, beweist ohnehin, daß unsere Landleute, wenn sie auch unzufrieden sind und Noth leiden, doch durchaus keine Lust haben, eine neue Revolution zu machen.

— Posen 30. Nov. Die Mitglieder der Frankfurter Linken haben auch in unsere Provinz und namentlich an die Kollegien der Gerichte, ihre Ansprache „an das preussische Volk“ zur Verbreitung und zur Aushängung am schwarzen Brette eingesandt. Unter andern hat nun das Land- und Stadtgericht zu Kosten (Deutsch-Posen) folgende Antwort ertheilt: „Wären wir auch mit dem Inhalte der Ansprache einverstanden und könnten wir es auch mit unserer Pflicht vereinigen, zur Verbreitung eines Plakates mitzuwirken, welches dazu bestimmt ist, das traurige Zerwürfniß, in dem sich das preussische Volk befindet, noch zu vermehren und das schwer gefährdete Ansehen der Gesetze, zu deren Handhabung wir berufen sind, noch mehr zu untergraben, so würde doch jene Ansprache zu spät kommen, denn die große Mehrheit der Besonnenen im preussischen Volke hat bereits entschieden! . . . Ihnen aber und Ihren Gesinnungsgenossen sind wir berechtigt, die Frage vorzulegen, wie Sie denn behaupten können, für die Freiheit und die Einheit des deutschen Vaterlandes zu kämpfen, während Sie das Grundprinzip aller Freiheit und Einheit verletzen? Freiheit ohne Gesezlichkeit ist ein Urding, die freiwillige Unterordnung unter die Gesetze das Merkmal eines freien Mannes. Das höchste Gesez in einem freien Gemeinwesen aber ist die Anerkennung der Beschlüsse der Mehrheit. Es ist daher ein Kampf gegen die Freiheit und gegen die Einheit des deutschen Vaterlandes, wenn Sie bei jeder Gelegenheit, wo die Mehrheit der Versammlung gegen Sie entschieden, an die Massen appelliren. Der Zweck einer solchen Appellation kann kein anderer sein, als gegen das, was Sie selbst als Gesez anerkennen müssen, eine ungesezliche Gewalt in Bewegung zu setzen, um dadurch Ihr subjektives Belieben statt des Volkswillens zur Geltung zu bringen.“ Derartige Erklärungen dürften nächstens in großer Anzahl in unsern Blättern veröffentlicht werden.

— Leipzig, 4. Dez. So eben erhalten wir per Estafette die Nachricht von Prag am 2. Dezemb. Nachts 12 Uhr, daß der Kaiser Ferdinand an diesem Tage früh in Olmütz zu Gunsten des Erzherzogs Franz Joseph abdicirt hat, und 12½ Uhr Nachts in Prag, zu allgemeinem Erstaunen, sammt der Kaiserin eingetroffen ist. (Bedarf der Bestätigung.)

— Altenburg, 1. Dez. Gestern sind hier 3 fürstliche Aktenstücke veröffentlicht worden. In dem ersten derselben zeigt Herzog Joseph an, daß er, um eine Ausgleichung und Versöhnung zwischen Fürst und Volk nach Kräften zu erleichtern, zu dem gewissenhaft erwogenen Entschlusse gekommen sei, seinem Bruder, dem Prinzen Georg, die Regierung abzutreten. Dieser Letztere bringt in dem zweiten Aktenstück seinen Regierungsantritt zur Anzeige.



Das dritte Aktenstück enthält eine Ansprache des Herzogs Joseph, mit welcher er vom Lande Abschied nimmt.

— Detmold, 29. Nov. In diesen Tagen hat das Kollegium der Stadtverordneten in Lemgo mit 9 Stimmen gegen 8 den Beschluß gefaßt, die Stadt als reichsunmittelbar der deutschen Nationalversammlung anzutragen und eine Adresse abgefaßt, die Abg. Vogt übergeben soll. Die „freie Reichsstadt Lemgo“ wäre also halbfertig; alle ehemaligen Reichsstädte sollten sich schämen, daß sie sich von Lemgo haben den Rang ablaufen lassen und sich nicht schon längst wieder zu Miniatur-Republiken erklärt haben. Die „freien Reichsdörfer“ und „freien Reichszinken“ werden nun nicht mehr lange auf sich warten lassen.

— Wien, 29. Nov. Dem Nürn. Korr. wird geschrieben: Es ist gegenwärtig viel von einer Allianz Englands, Oesterreichs, Preußens und Rußlands die Rede. So viel darüber aus glaubwürdigen Quellen in Erfahrung gebracht wird, haben die genannten Regierungen wirklich, die Folgen der sozialen Umwälzung in Frankreich ermessend, welche auf Deutschland und Italien nicht ohne bedrohliche Wirkung blieb, Besprechungen zum gemeinschaftlichen Einverständnis über die Maßnahmen gepflogen, die in gewissen Fällen gegen die Uebergriffe der Demokratie oder vielmehr des sozialen Kommunismus zu ergreifen seien. Die alles vernünftige Maß überschreitenden jüngsten Versuche dieser Parthei in Wien und Berlin und die Aussicht auf neue drohende Stürme in Frankreich haben nun die unter sich festgestellten Ansichten jener vier Großmächte zu einer wirklichen Uebereinkunft gebracht, wodurch den demokratischen Tendenzen in Europa insofern ein Damm gesetzt werden soll, daß sie nicht die gesellschaftliche Ordnung durch den Umsturz aller Dinge untergraben und die allgemeine Kriegsfackel in Europa entzündeten.

— Wien, 30. Nov. Aus Ungarn sind wir fortwährend ohne direkte Nachrichten, nur stimmen die vielen flüchtigen Familien, welche über die ungarische Gränze noch zu entkommen im Stande sind, darin überein, daß dort überall Schrecken und Gräuelpredigten herrschen, während die Kossuth-Parthei Alles auf's Neueste zu treiben entschlossen ist.

— Wien 1. Dez. Die Lage der Dinge mit Ungarn ist noch immer dieselbe. Die beiderseitigen Vorposten stehen sich an der Grenze hart gegenüber, es kommt zu kleinen Scharmüßeln, aber noch ist ein eigentlicher Angriff nicht geschehen. Gestern Abend verbreitete sich die Nachricht, die Preßburger Nationalgarde habe die Waffen gestreckt und die Stadt sich ergeben, worauf die ungarischen Insurgenten sich nach Komorn und Pesth zurückgezogen hätten; allein sie ist bis heute unbefätigt geblieben. Fortwährende Truppentürmärsche mit zahlreichem Geschütz durch Wien nach dem Kriegsschauplatz finden statt. Der gemeldete Uebergang zahlreicherer Massen ungarischer Kavallerie war ein vorzeitiges Gerücht; doch harret ein großer Theil des jenseitigen Militärs, wie Ueberläufer berichten, nur einer guten Gelegenheit dazu namentlich die Artillerie, die übrigens auf das Strengste bewacht ist und eine durchaus ungarische Bespannung hat. — Hier werden amtliche Erhebungen über den bei der Einnahme der Stadt den Einwohnern verursachten Schaden gepflogen und es heißt, daß der Kaiser vier Millionen Gulden aus dem Staatsschatz zur theilweisen Vergütung desselben bewilligt habe. — Vom 2. Dez. Fürst Windisch-Grätz wurde gestern plötzlich nach Olmütz berufen, da von Seite Ungarns Vergleichsanträge gemacht worden sind.

— Klagenfurt, 23. Nov. Der Landtagsausschuß hat der Aufforderung Oesterreichs zur Beschickung einer Besprechung

über gemeinschaftliche Angelegenheiten und über das Verhältniß zu Deutschland nachgegeben und Klagenfurt als Versammlungsort vorgeschlagen. Tyrol ist ebenfalls darauf eingegangen, und so werden Tyrol, Salzburg, Oberösterreich, Steyermark, Kärnten eine Art Liga, den slavischen Provinzen gegenüber, zu bilden suchen. Niederösterreich und Mähren werden zur Mitwirkung eingeladen. Alle werden eine föderative Konstituierung Oesterreichs begehren.

— Schweiz. Durch Kreis Schreiben ermahnt der Bundesrath gegenüber den Flüchtlingen zur Wachsamkeit. — Sämmtliche schweizerische Regierungen und insbesondere die der Grenz Kantone gegen Deutschland, werden dringend eingeladen, alle Flüchtlinge in der Weise zu überwachen, daß die Behörden sofort von jedem Schritte Kenntniß erhalten, welcher die Absicht haben könnte, die internationalen Beziehungen zu verletzen oder den Nachbarstaaten zu gerechten Klagen Veranlassung zu geben. Gegen Widerspenstige sei unverweilt und energisch einzuschreiten.

— Paris, 2. Dez. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung verlas General Cavaignac eine telegraphische Depesche, wornach der Pabst sich in Begleitung des französischen Gesandten in Civita-Vecchia auf dem französischen Dampfboote Tenare eingeschifft hat, um sich nach Frankreich zu begeben. Die Nachricht hat allgemein außerordentliches Aufsehen erregt. Die Regierung trifft Anstalten zu einem würdigen Empfange des Pabstes. Der Minister der Kulte ist noch gestern Nachmittag von der Regierung beauftragt worden, sich sofort nach Marseille zu begeben, um daselbst den Pabst in einer seinem Range entsprechenden Weise zu empfangen. Man beschäftigt sich bereits viel mit der Frage, an welchem Ort in Frankreich Pius IX. seine Residenz aufschlagen solle; die Einen sprechen von Fontainebleau, dem Zufluchtsorte Pius des VII., der ebenfalls durch politische Stürme aus Rom vertrieben wurde, Andere von Avignon, wo sich während einer der stürmischsten Epochen des Mittelalters der päpstliche Sitz befand. Alle diese Muthmaßungen könnten aber leicht nicht in Erfüllung gehen; denn es ist noch nicht entschieden, daß der Pabst nicht anders wohin, als nach Frankreich gehen wolle. In einigen Kreisen hält man es nicht für unwahrscheinlich, daß Pius IX. es vorziehen werde, seinen Aufenthalt in Spanien zu nehmen. Borerst sind die Tuilerien zu seinem Empfange bestimmt. — Der Erzbischof von Paris wird, wie verlautet, heute nach Marseille abreisen, um den Pabst daselbst zu begrüßen und mehrere Prälaten, Mitglieder der Nationalversammlung, werden ihn dahin begleiten.

— Paris, 3. Dez. Es wird versichert, die Regierung habe heute durch den Telegraphen die Nachricht erhalten, daß Pius IX. in Marseille gelandet sei. — In einigen Kreisen wird als gewiß mitgetheilt, die Regierung treffe in diesem Augenblicke Maßnahmen, um ein Korps von 20,000 Mann nach Italien schicken zu können; es würden diese Truppen von dem Kriegsminister General Lamoricière in Person befehligt werden.

— London, 1. Dez. Mehrere Distrikte des westlichen und südlichen Irlands befinden sich in einer höchst betrübten Lage; es herrscht dort ein furchtbares Elend und es droht wieder eine förmliche Hungersnoth auszubrechen und die Bevölkerung zu decimiren. — Jenny Lind hat eine Summe von 6000 Pf. St., welche sie auf ihrer Rundreise durch einen Theil Englands eingenommen, nach Stockholm geschickt zur Vollendung des Hospitals, welches sie daselbst bauen läßt.

— Neapel, 26. Nov. Ungeheure Bewegung herrscht heute in der Hauptstadt. Diesen Morgen verkündete die Staatszeitung:



Pius IX. sei „in unserer Mitte“ und habe seinen Wohnsitz in Gaeta (neapolitanische Festung am Mittelmeer, nördlich von Neapel) aufgeschlagen. Seit mehreren Tagen betete die Geistlichkeit im ganzen Königreich für seine Befreiung. Schon gestern Abend kam die Nachricht ins Schloß; noch in der Nacht wurden einige Bataillone mit Dampfböden hingeschickt. Der König mit seiner ganzen Familie ist ebenfalls in aller Frühe hingegangen. Vom 27. Nov. Die Flucht des Papstes ist vorerst Taggespräch. Wir hören, er sei zu Land (also nicht an Bord eines französischen Dampfboots) durch Vermittlung des k. bayerischen Gesandten von Spaur, in der Livree eines der Gesandtschaftsbedienten entkommen, nachdem man die Wachen der Nationalgarde in der Nacht vom 24. auf den 25. berauscht oder eingeschläfert hatte (man habe Opium in den Wein gethan.) An der äußersten Grenze des Staates habe das Volk den Papst erkannt und angehalten; erst ein herbeigerufenes Bataillon neapolitanischer Truppen habe ihn über die Grenze gebracht. (S. M.)

— Genua 23. Nov. Es geht das Gerücht, die Regierung von Sardinien habe nun, in Folge des Aufstandes in Rom und der Flucht des Papstes, Rom und Toskana den Krieg erklärt. — Die Botschafter Englands, Spaniens und Portugalls und alle übrigen Mitglieder des diplomatischen Korps sollen sich aus Rom entfernt haben.

— Bucharest 5. Nov. Die lange gefürchteten Verhaftungen von Seite der Russen haben begonnen, mehrere Bojaren und Kaufleute sind bereits gefänglich eingezogen und nach Plumbuita abgeführt. Unter den Verhafteten befinden sich auch Winterhalter, einer der ausgezeichneten Deutschen und Maninger, ein ruhiger, ehrenwerther Handelsmann, beide östreichische Staatsbürger. Die Augen sämtlicher Deutschen in Bucharest sind voll Erwartung auf das k. k. östreichische Konsulat gerichtet.

— Aus Aegypten beständigen eben eingehende Briefe den am 10. Nov. erfolgten Tod Ibrahim Pascha's.

### König Leopold und Präsident Cavaignac.

Ehe die Februarereignisse eintraten, schien sich Brüssel zu gefallen Paris nachzuäffen, Brüssel eignete sich die Moden, die Thorheiten, den Geschmack, die Literatur, die Presse und die Utopien der Hauptstadt Frankreichs an. Paris war der Sitz einer systematischen Opposition gegen die Regierung; Brüssel opponierte (quand même), Paris regierte Frankreich auf Kosten der übrigen Theile des Landes. Brüssel trachtete nach derselben Suprematie über Belgien. Brüssel wollte den größern Theil des Budgets und den Reichthum des Landes in sich konzentriren. Als der 25. Februar heran kam, glaubte Paris, Brüssel würde den Ruf „es lebe die Republik!“ erwidern, die eine und untheilbare Republik ausrufen, Leopold verabschieden, seine Ledru-Rollins, seine Louis Blancs, hier Gargottes und Kats genannt, emporkleben, sich ruiniren, in's Elend begeben, und sich über so vieles Unglück mit Clubbs und dem schönen Schauspiel fortwährenden Aufruhrs trösten.

Brüssel hat glücklicherweise die Hoffnung der französischen Hauptstadt getäuscht; es hat seiner Nachahmungslust Schranken gesetzt, nachdem es begriffen, daß Paris seinen Thorheiten keine Schranken setzen würde. Jetzt ist die Hauptstadt Belgiens die Gegenfüßlerin der Hauptstadt Frankreichs. Paris hat seine glänzende Außenseite gegen Lumpen vertauscht; seine Theater sind leer, seine Lanzäde stumm, seine reichsten und elegantesten Ma-

gazine geschlossen, seine Wirthshäuser verlassen; Handel und Wandel vernichtet.

Brüssel hat sein schönstes Feierkleid angezogen; es ist glänzend, es war nie schöner, nie glücklicher. Paris ist betäubt, traurig, betrübt. Brüssel ist froh, vergnügt, stolz und zufrieden mit sich selbst. Paris, von der Gegenwart gedrückt, denkt mit Schmerz an die Zukunft. Brüssel freut sich der Gegenwart und fürchtet die Zukunft nicht. Paris ist nur durch den Belagerungszustand, die Herrschaft des Säbels und das Martialgesetz einigermaßen beruhigt. Brüssel ist frei und ruhig; es braucht nicht die halbe Armee des Landes zu seinem Schutz. Welcher Kontrast! Aber dieser Kontrast ist noch größer zwischen dem König, Chef der belgischen Nation, und dem Bürger, Chef der französischen Regierung. Das Hotel des Bürgers Cavaignac gleicht dem Zelte eines Konsuls in der Mitte eines Lagers dem Feinde gegenüber. Zahlreiche Posten vertheidigen es, alle Zugänge sind bewacht; es stößt an eine große Kanone; sämtliche benachbarte Häuser sind militärisch besetzt. Leopold — ein König — lebt ruhig bald in Brüssel, bald in Laeken. Vor seinem Palast ist nur eine gewöhnliche Wache. Der 24. Februar verlangte keine besonderen Vorsichtsmaßregeln. Cavaignac kann nur mit Hilfe des Belagerungszustandes, einer Armee, endlich nur als Diktator regieren. Leopold regiert mit den freiesten Institutionen von der Welt, ohne andere Garantien als die Liebe der Bürger und den Geist der Ordnung, von welchem sie beseelt sind. Cavaignac hält die Ordnung in seiner Hauptstadt nur aufrecht, indem er die Presse unterdrückt, die Clubs beschränkt, die Intelligenz in Fesseln schlägt, und indem er jeder Opposition außerhalb der Nationalversammlung einen Zaum anlegt. Leopold sieht die Hauptstadt und das Land ruhig, ohne der freien Äußerung der Meinungen das geringste Hinderniß in den Weg legen zu dürfen, ohne die Freiheit der Clubs zu beschränken oder die Theater unter Censur zu stellen, ohne der Opposition Schrecken einzusößen. Unter dem Bürger Säbel Cavaignac's würde auch nicht eine monarchische Feder eine Zeile zu Gunsten der Monarchie zu schreiben wagen.

Unter dem republikanischen Scepter Leopold's predigen die republikanischen Publizisten die Republik nach Gefallen, deklamiren gegen die Könige in voller Freiheit. Unter der demokratischen Republik Cavaignac's finden die Aufständischen keine Gnade vor ihren Richtern. Diese Richter sind dieselben Soldaten, welche sie überwunden haben; die republikanische Freiheit nimmt ihre Zuflucht zu Ausnahmsgerichten. Unter der konstitutionellen Monarchie Leopold's überfallen bewaffnete, treulose Bürger das Vaterland; ein Haufe fremden Gesindels unterstützt sie; sie wollen gemeinschaftlich Thron und Institutionen umstürzen. Man bringt sie vor die gewöhnlichen Gerichte des Landes, ihre Mitbürger richten sie. Der Auserwählte der Nationalrepräsentation scheut es sich öffentlich zu zeigen; er fürchtet für sein Leben so oft er ausgeht. Der Auserwählte des Nationalkongresses begibt sich mitten unter sein Volk, geht spazieren in den Straßen, geht an Volksversammlungen vorüber. Cavaignac sieht seine Popularität im Abnehmen. Leopold sieht seine Popularität im Zunehmen; die Liebe der Bürger für seine Person tritt jeden Tag mehr hervor. Cavaignac wird das Symbol der Ordnung durch den Säbel bleiben. Leopold wird immer ein Muster der Monarchen bleiben, welche die Ordnung durch die Freiheit aufrecht erhalten haben, die Freiheit durch die Ordnung. Europa segnet Cavaignac, weil er die Hyper des Sozialismus und die Unordnung gebändigt hat; es segnet und bewundert Leopold, weil er die Freiheit lieben lehrt. (A. J.)